

***Große Anfrage der Fraktion der SPD******Existenzsichernde Einkünfte im Konzern Bremen***

Die haushaltsbedingte Notwendigkeit, die Personalkosten in der Verwaltung und in den zum Konzern Bremen gehörenden Gesellschaften zu minimieren, haben unter anderem zu einer Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung geführt. Vereinzelt wurden Teilzeitverträge zumindest für neue Mitarbeiter/-innen zur Regel, zumal dies die Einsatzplanung in manchen Bereichen erleichtert. In Tätigkeitsfeldern mit vergleichsweise niedriger tariflicher Vergütung erreichen Beschäftigte daher nicht immer existenzsichernde Einkommen. Da hiervon überproportional häufig Frauen betroffen sind, widerspricht diese Situation dem Gleichstellungsgebot. Sie unabhängig von Zweitjobs oder ergänzenden staatlichen Leistungen zu machen würde nicht nur die Lebenssituation der Beschäftigten, die gern länger arbeiten möchten, verbessern, sondern durch mehr Arbeitseffizienz und/oder geringere Transferzahlungen auch dem Staat zugutekommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele Teilzeitbeschäftigte im Einflussbereich der öffentlichen Hand erzielen in Bremen und Bremerhaven durch diese Tätigkeiten keine existenzsichernden Einkünfte?
2. In welchen Verwaltungen und zum „Konzern Bremen“ gehörenden Gesellschaften finden sich solche Beschäftigungsverhältnisse, und in welchen Tätigkeitsfeldern finden sich Schwerpunkte?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, in seinem Einflussbereich darauf hinzuwirken, dass die durch frei werdende Stellen entstehenden Spielräume vorrangig dafür genutzt werden, dass Beschäftigten, die mit ihrer Teilzeitstelle keine existenzsichernden Einkünfte erzielen, ihr Stundenkontingent auf Wunsch entsprechend ausweiten können?
4. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, dafür zu sorgen, in der bremischen Verwaltung und in zum „Konzern Bremen“ gehörenden Gesellschaften Regelungen, die bei Neueinstellungen regelmäßig Teilzeitbeschäftigung vorsehen, so zu verändern, dass neue Mitarbeiter/-innen mindestens in einem Umfang beschäftigt werden, der existenzsichernde Einkünfte sichert?
5. Welche konkreten Schritte beabsichtigt der Senat gegebenenfalls zu unternehmen, um das in der vierten Frage genannte Ziel möglichst kurzfristig zu erreichen?

Ursula Arnold-Cramer, Helga Ziegert,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD